S 8 U 77/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Fulda Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 U 77/17 Datum 04.12.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 U 12/18 Datum 29.03.2021

3. Instanz

Datum -

1. Â Die Klage wird abgewiesen.

2. Â Die Beteiligten haben einander keine auà ergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Tatbestand

Der Rechtsstreit wird um die Anerkennung des Ereignisses vom 11.10.2016 als Arbeitsunfall im Sinne von $\frac{\hat{A}\S \ 8 \ Abs.}{1 \ Satz} \frac{1 \ SGB \ VII}{1 \ gef}$ gef $\tilde{A}^{1/4}_{4}$ hrt.

Der 1963 geborene Kläger zog sich beim Sägen von Holz im Mitgliedsunternehmen der Beklagten am 11.10.2016 um 12:20 Uhr eine Unterkieferfraktur rechts, eine Avulsion des Zahnes 32 (HerausreiÃ□en), eine Alveolarfortsatzfraktur 31 bis 42 rechts und eine Riss-Quetschwunde am Kinn zu, als ihm ein Holzstück gegen den Unterkiefer schlug.

Die Beklagte ermittelte nach Kenntnisnahme des Unfalls durch den Durchgangsarztbericht vom 21.10.2016 den Sachverhalt.

Der KlĤger gab in dem Fragebogen unter dem 10.11.2016 an, dass er 12 Hühner

habe. In dem Fragebogen zur Holzaufbereitung gab der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger an, dass das Holz im Jahre 2011 geschlagen worden sei. Es habe sich um gekauftes Holz von f \tilde{A} $^{\mu}$ nf Raummetern gehandelt. Das Holz sei f \tilde{A} $^{\mu}$ r den Eigenbedarf vorgesehen gewesen. Zu 10% werde es zum Kochen f \tilde{A} $^{\mu}$ r das H \tilde{A} $^{\mu}$ hnerfutter verwendet. Zu 45% werde es zum Heizen der Waschk \tilde{A} $^{\mu}$ che und des Hauses und zu 45% zum Zubereiten von Mittag- und Abendessen im eigenen Haushalt verwendet. \tilde{A}

In dem Fragebogen Kleintierhaltung vom 22.02.2017 ergänzte der Kläger noch folgende Angaben:

Die zehn Hühner hätten einen Auslauf von 240 m2 und werden in Stall- und Freilandhaltung gehalten. Das Futter werde ausschlieÃ□lich gekauft und zu 100% von der Raiffeisen Genossenschaft bezogen. Die Hühner werden ausschlieÃ□lich im eigenen Haushalt verwertet, ebenso die Eier.

Mit Bescheid vom 16.11.2016 lehnte die Beklagte einen entsch \tilde{A} ¤digungspflichtigen Arbeitsunfall ab. Die Besorgung von Brennholz sei nur dann dem landwirtschaftlichen Unternehmen zuzurechnen, wenn entweder die Haushaltung des Unternehmers dem Unternehmen im Sinne des \hat{A} 124 Nr. 1 SGB VII wesentlich diene oder das Holz \tilde{A} 4berwiegend f \tilde{A} 4r rein landwirtschaftliche Zwecke bestimmt sei.

Beim Kläger sei das Brennholz nicht für landwirtschaftliche Zwecke bestimmt gewesen. Das Holz sollte unter anderem zum Heizen der Wohnräume genutzt werden. Die Besorgung des Holzes sei demzufolge eine dem Haushalt dienende Tätigkeit.

GrundsÃxtzlich könnten auch TÃxtigkeiten für den Haushalt des landwirtschaftlichen Unternehmers unter Versicherungsschutz stehen. Dies könne nur dann angenommen werden, wenn der Haushalt dem landwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich diene. Dies treffe dann zu, wenn der Haushalt auf den landwirtschaftlichen Betrieb ausgerichtet sei und die Einrichtungen des Haushaltes für die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebes von wesentlicher Bedeutung seien, weil nur dann eine betriebswirtschaftliche Verbindung bestehe.

Anhaltspunkte für eine versicherte Haushaltung seien im Wesentlichen die BetriebsgröÃ∏e und die wechselseitige Beziehung zwischen Haushalt und landwirtschaftlichem Unternehmen (zum Beispiel die örtliche Nähe von Haushalt und Landwirtschaftsbetrieb, Ã∏bernahme der erforderlichen landwirtschaftlichen Arbeiten in erheblichem Umfang durch die Haushaltsangehörigen). Insofern mÃ⅓sse der Haushalt ein landwirtschaftliches Gepräge haben. Dann werde der Haushalt insoweit Bestandteil des Unternehmens (§ 124 Nr. 1 SGB VII).

Beim Kläger liege ein solcher versicherter Haushalt nicht vor. Aufgrund der GröÃ∏e und der Struktur des veranlagten Unternehmens ergäben sich keine objektiven Anhaltspunkte, dass der Haushalt dem Unternehmen wesentlich diene. Daher blieben auch die fþr den Haushalt bestimmten Tätigkeiten unversichert.

Der Unfall sei ausschlieÄ lich dem unversicherten Privathaushalt zuzurechnen. Ein Arbeitsunfall liege daher nicht vor. Leistungen aus der gesetzlichen landwirtschaftlichen Unfallversicherung kĶnnten daher nicht erbracht werden.

Den klå¤gerischen Widerspruch vom 09.12.2016 wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 06.07.2017 zurýck. Das landwirtschaftliche Unternehmen sei mit einer Betriebsflå¤che von 0,09 ha GrÃ⅓nland veranlagt. Das Zubereiten oder die Gewinnung oder die Nutzung von Brennholz stehe in keinem inneren Zusammenhang mit der Bewirtschaftung dieser GrÃ⅓nlandflå¤che. Vielmehr sei das zu BrennholzstÃ⅓cken verarbeitete Holz fast ausschlieÃ∐lich zum Kochen im eigenen Haushalt und zum Heizen der Privaträume bestimmt gewesen und damit fÃ⅓r den klägerischen Haushalt. Auch das zur Futterbereitung fÃ⅓r die HÃ⅓hner verwendete Brennholz stehe nicht in einem Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Unternehmen, da die Kleintierhaltung nicht Bestandteil dieses Unternehmens sei. Auch die HÃ⅓hnerhaltung und die damit verbundenen Tätigkeiten seien dem privaten Haushalt zuzurechnen.

Die Haushalte der Unternehmer gehĶren dann zum landwirtschaftlichen Unternehmen, wenn die Haushalte den Unternehmen wesentlich dienen. Dies sei dann gegeben, wenn der Haushalt auf den landwirtschaftlichen Betrieb hin ausgerichtet sei, der landwirtschaftliche Betrieb also dem Haushalt das GeprĤge gebe und die Landwirtschaft mit Haushaltung untrennbar verknļpft sei.

Der klägerische Haushalt diene nicht wesentlich dem Kleinunternehmen, sondern der Haushalt unterscheide sich durch Art und Umfang der anfallenden Arbeiten nicht wesentlich von einem normalen privaten Haushalt. Das Holen des Brennholzes sei daher dem privaten und unversicherten Lebensbereich zuzurechnen.

Der KlĤger hat am 31.07.2017 Klage beim Sozialgericht Fulda erhoben.

Der Klå¤ger ist der Ansicht, dass das Ereignis vom 11.10.2016 als Arbeitsunfall im Sinne von <u>§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII</u> anzuerkennen sei. Der Klå¤ger sei als Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes im Sinne von <u>§ 123 Abs. 1 SGB VII</u> Mitglied der Beklagten und damit gemä¤ä<u>l</u> <u>§ 2 Abs. 1 Nr. 5a SGB VII</u> versichert. Der Vorgang, bei dem sich der Klå¤ger verletzt habe, sei der versicherten Tä¤tigkeit zuzurechnen und diese Tä¤tigkeit habe den Unfall auch herbeigefä¼hrt. Maälgeblich sei, ob die Tä¤tigkeit in den Bereich des eigenen Unternehmens falle, also die zum Unfall fä¼hrende Tä¤tigkeit als solche im Rahmen der versicherten Tä¤tigkeit liege.

<u>§ 124 Nr. 1 SGB VII</u> erweitere den Versicherungsschutz des nach <u>§ 2 Abs. 1 Nr. 5</u> <u>SGB VII</u> bestehenden Versicherungsschutz um die Haushalte, die dem Unternehmen wesentlich dienen.

Beim Kl \tilde{A} ¤ger handele es sich um eine Unfallverletzung, die im Zusammenhang mit dem Schneiden von Holz geschehen sei. Das aufbereitete Holz werde zu 10% f \tilde{A} 4r das Kochen von Viehfutter f \tilde{A} 4r seine H \tilde{A} 4hner und zu weiteren 45% zum Heizen der Waschk \tilde{A} 4che und dem Haus sowie zur Zubereitung der Mahlzeiten verwendet.

Damit werde das aufbereitete Holz sowohl unmittelbar f \tilde{A}^{1}_{4} r den landwirtschaftlichen Betrieb als auch f \tilde{A}^{1}_{4} r den landwirtschaftlichen Haushalt nach \hat{A}^{1}_{4} Nr. 1 SGB VII verwendet. Bereits hieraus ergebe sich ein Versicherungsschutz.

Der Klåkger beantragt, den Bescheid der Beklagten vom 16.11.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06.07.2017 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, das Ereignis vom 11.10.2016 als Arbeitsunfall im Sinne von <u>ŧ 8 Abs. 1</u> Satz 1 SGB VII anzuerkennen.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Die Beklagte hat sich auf den angegriffenen Verwaltungsakt bezogen. Der Klå¤ger selbst bewirtschafte keine Forstflå¤chen, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Zubereitung von Brennholz stehen kå¶nnten. Das Unternehmen umfasse lediglich 0,09 ha Grå¼nland. Auch die Kleintierhaltung (Hå¼hner), zu der die Brennholznutzung zu einem Anteil von 10% zugerechnet werden solle, gehå¶re nicht zu dem versicherten Unternehmen, da ein innerer Zusammenhang zwischen der Kleintierhaltung und dem landwirtschaftlichen Unternehmen nicht bestehe. Ein Haushalt, der durch die Landwirtschaft sein eigentå¼mliches, besonderes Geprå¤ge erhalte und ihn damit von anderen Haushalten unterscheide, sei bei einer Unternehmensgrå¶å∏e von 0,09 ha ebenfalls auszuschlieå∏en. Ein unter Versicherungsschutz des <u>å§ 124 SGB VII</u> stehender Haushalt liege nicht vor.

Auf den Inhalt der Sitzungsniederschrift vom 04.12.2017 wird Bezug genommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird Bezug genommen auf den Inhalt der Gerichtsakten und der Verwaltungsakten der Beklagten (Blatt 1 bis 42). Diese Vorgänge sind auch Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

Entscheidungsgründe

Die zulĤssige Klage ist unbegründet.Â

Der Bescheid vom 16.11.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06.07.2017 ist rechtmĤÄ∏ig und verletzt den KlĤger nicht in seinen subjektiven Rechten. Der KlĤger hat keinen Anspruch darauf, dass das Ereignis vom 11.10.2016 als Arbeitsunfall anerkannt wird.

Der KlĤger ist als Landwirt bei der Beklagten kraft Gesetzes nach <u>§ 2 Abs. 1 Nr.</u> 5a SGB VII gesetzlich unfallversichert.

Arbeitsunfälle sind gemäÃ∏ <u>§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII</u> Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach den <u>§Â§ 2</u>, <u>3</u> oder <u>6 SGB VII</u> begrþndenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind zeitlich

begrenzte, von auà en auf den Kà rper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod fà hren (8 Abs. 1 Satz 2 SGB VII). Durch das Wort â linfolge did drà kckt 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII aus, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen der in innerem Zusammenhang mit der versicherten Tà atigkeit stehenden Verrichtung und dem Unfall als auch zwischen dem Unfall und dem Gesundheitsschaden erforderlich ist. Diese sogenannte doppelte Kausalità at wird nach herkà mmlicher Dogmatik bezeichnet als die haftungsbegrà handende und die haftungsausfà landende Kausalità at. Der Bereich der haftungsbegrà handenden Kausalità at ist u.a. betroffen, wenn es um die Frage geht, ob der Unfall wesentlich durch die versicherte Tà atigkeit oder durch eine sogenannte innere Ursache hervorgerufen worden ist, wà ahrend dem Bereich der haftungsausfà landen Kausalità at die Kausalkette der Unfallereignis (primà arer) Gesundheitsschaden und (sekundà arer) Gesundheitsschaden â weitere Gesundheitsstà rungen zuzuordnen ist.Â

Nach <u>§ 123 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII</u> ist der Kläger bei Tätigkeiten versichert, die er als der landwirtschaftlicher Unternehmer im Rahmen des landwirtschaftlichen Betriebes fýr dieses Unternehmen verrichtet.

Nach <u>ŧ 124 SGB VII</u> werden bestimmte Tätigkeiten, die zwar nicht landwirtschaftlicher Art sind, aber im Zusammenhang mit dem Betrieb eines landwirtschaftlichen Unternehmens ausgeýbt werden, diesem als Bestandteil zugerechnet und fallen damit in den Zuständigkeitsbereich der Beklagten. Nach <u>ŧ 124 Nr. 1 SGB VII</u> gehören die Haushalte der Unternehmer und der im Unternehmen Beschäftigten zum landwirtschaftlichen Unternehmen, wenn die Haushalte dem Unternehmen wesentlich dienen.

Hauck/Noftz-Keller, <u>§ 124 SGB VII</u>, Rn. 4:

Die Einbeziehung der TĤtigkeiten im Haushalt in die landwirtschaftliche Unfallversicherung setzt voraus, dass diese TĤtigkeiten dem landwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich dienen. Mit dieser Pauschalierung wird die in der Praxis nur schwer leistbare Zuordnung von einzelnen TĤtigkeiten zum landwirtschaftlichen Unternehmen entbehrlich. Dient eine TĤtigkeit wesentlich dem landwirtschaftlichen Unternehmen, wird sie insgesamt dem Unternehmen zugeordnet. Damit dehnt die Regelung den Versicherungsschutz auch in den an sich unversicherten eigenwirtschaftlichen Bereich aus, was dafĹ⁄₄r spricht, den Anwendungsbereich diese Ausnahmevorschrift nicht zu Ĺ⁄₄berspannen (LSG Baden-Wù⁄₄rttemberg, 20. 3. 2001, L 10 U 130/00, HVBG-Info 2001, S. 2301, unter Hinweis auf KassKomm-Ricke § 124 SGB VII RdNr. 8).Â

Erfüllt ein Haushalt diese Voraussetzung nicht, ist eine Tätigkeit im Haushalt nur dann nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 in Verbindung mit § 123 als Tätigkeit für das landwirtschaftliche Unternehmen versichert, wenn sie im Einzelfall unternehmensbezogen ist (z. B. Zubereitung von Futter oder Spülen von Kannen).

Hauck/Noftz-Keller, <u>§ 124 SGB VII</u>, Rn. 5:

Der Haushalt umfasst sowohl die hauswirtschaftliche als auch die sonstige hÃxusliche BetÃxtigung, nicht jedoch Angelegenheiten rein persönlicher Art, wie z.

B. die Einnahme von Mahlzeiten, das An- und Auskleiden, die Freizeitgestaltung und Ĥhnliche Verrichtungen.

Versichert sind alle Tätigkeiten, die mit der Haushaltung in einer inneren Beziehung stehen (ihr objektiv nützlich sind), also auch z. B. das Einkaufen von Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen, die Zubereitung von Mahlzeiten, die Instandhaltung der Wohnung und die Beaufsichtigung der Kinder, selbst wenn diese Betätigungen keine Beziehung zum landwirtschaftlichen Betrieb haben.

Entscheidend ist aber, dass diese Zweckrichtung der jeweiligen BetÄxtigung zumindest wesentlich dem Haushalt selbst und damit auch dem landwirtschaftlichen Unternehmen zu dienen bestimmt ist. Die Grenzlinie zwischen versicherter HaushaltstÄxtigkeit und unversichertem Privatbereich ist von Fall zu Fall nach den Anschauungen des tÄxglichen Lebens zu ziehen (vgl. m. w. N. BSG, 16. 3. 1995, 2 RU 27/94, SozR 3-2200 § 777 Nr. 2).

Hauck/Noftz-Keller, § 124 SGB VII, Rn. 6:

Nach den von Rechtsprechung und Schrifttum (Mell in HS-UV § 70 RdNr. 78 bis 80; BSG, 15. 6. 1976, 2 RU 141/75, SozSich 1976, S. 316; Bayerisches LSG, 30. 7. 1997, L 2 U 150/95, HVBG-Info 1998 S. 623; LSG NRW, 20. 9. 2000, L 17 U 108/99, HVBG-Info 2001, S. 966) entwickelten GrundsÃxtzen dient ein Haushalt wesentlich dem landwirtschaftlichen Unternehmen, wenn zwischen dem Haushalt und dem Betrieb eine enge rÃxumliche und sachliche Beziehung besteht, die Haushaltung dem Betrieb dient. Dies hÃxngt zum einen vom Umfang und der Bedeutung der der Landwirtschaft zugutekommenden Arbeiten und zum anderen vom Anteil dieser Arbeiten am gesamten Haushaltungsaufwand ab.

Ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen Haushalt und Unternehmen und die ständige wechselseitige Beschäftigung von Versicherten kann ein Indiz darstellen, dass die Haushaltung wesentlich dem landwirtschaftlichen Unternehmen dient. Ein dem landwirtschaftlichen Unternehmen dienender Haushalt liegt nicht vor, wenn er mehrere Kilometer vom Hof entfernt ist (LSG Rheinland-Pfalz, 1. 12. 1982, Breith 1984, S. 40).

Gibt das landwirtschaftliche Unternehmen dem Haushalt ein gewisses GeprĤge (unterscheidet sich also der Haushalt nach Art und Umfang der anfallenden Arbeiten von einem normalen privaten Haushalt), so ist der Haushalt regelmĤÄ□ig dem landwirtschaftlichen Unternehmen zuzurechnen.

Von einem dienenden Charakter des Haushalts für das Unternehmen ist in der Regel auch dann auszugehen, wenn Beschäftigte des Unternehmens nicht nur gelegentlich im Haushalt verpflegt werden.

Die GröÃ $_$ e des landwirtschaftlichen Unternehmens ist allein nicht maÃ $_$ gebend; auch bei Kleinbetrieben kann der Haushalt dem Unternehmen wesentlich dienen. Allerdings ist eine der Landwirtschaft dienende Haushaltung umso eher anzunehmen, desto grÃ¶Ã $_$ er das landwirtschaftliche Unternehmen ist (LSG NRW, 20. 9. 2000, L 17 U 108/99, HVBG-Info 2001, S. 966).

Ein sachlicher Zusammenhang ist z. B. zu sehen, wenn eine mit der Haushaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens beschäßtigte Person an einer Fortbildungsveranstaltung Ľber die soziale Absicherung von Landwirten und ihren Angehä¶rigen teilnimmt. In diesen Fäßlen steht auch die Fahrt zur und von der Veranstaltung unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung (LSG Niedersachsen-Bremen, 18. 10. 2012, <u>L 14 U 120/09</u>, juris, unter Hinweis auf BSG, 16. 3. 1995, <u>2 RU 27/94</u>, juris).

Dagegen dient die Aufbereitung von Brennholz f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r den privaten Bereich nicht wesentlich dem landwirtschaftlichen Unternehmen, sodass diese Haushaltst \tilde{A} xtigkeit nicht Bestandteil des landwirtschaftlichen Unternehmens ist (BSG, 27. 3. 2012, <u>B 2 U 5/11 R</u>, UV-Recht Aktuell 2012, S. 837 ff.). \hat{A}

Schlegel/Voelzke-Feddern, <u>§ 124 SGB VII</u>, Rn. 8

Bei der Auslegung ist einerseits zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber den Versicherungsschutz â der besonderen Struktur landwirtschaftlicher Betriebe (insbesondere Familienbetriebe) â des ausdrücklich erweitert. Andererseits ist zu beachten, dass es sich um eine Ausnahmevorschrift handelt. Deshalb ist eine enge Auslegung geboten.

Schlegel/Voelzke-Feddern, § 124 SGB VII, Rn. 13 ff.

Der Haushalt dient dem landwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich (dies muss nicht ýberwiegend sein), wenn eine enge Beziehung wirtschaftlicher Art vorliegt. Dies ist dann der Fall, wenn die Landwirtschaft dem Haushalt ein besonderes Gepräge gibt. Das ist im Einzelfall wertend zu ermitteln. Indizien, die dabei zu berücksichtigen sind, können insbesondere sein:

 $\hat{a}_{\hat{a}}$ \hat{A} \hat{A} nicht nur gelegentliche Verpflegung landwirtschaftlicher Besch \tilde{A} xftigter im Haushalt,

â d Â Wechselbeziehungen zwischen Haushalt und Tierhaltung (Zubereitung von Viehfutter im Haushalt, unmittelbare Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Haushalt).

Auch in der modernen Landwirtschaft, die durch technischen Fortschritt nicht mehr personalintensiv geprĤgt ist, hat die Mitversicherung des landwirtschaftlichen Haushaltes weiterhin eine praktische Bedeutung.

Das besondere Gepr \tilde{A} xge ist unter funktionellen Gesichtspunkten zu betrachten. Der Haushalt selbst kann hinsichtlich technischer und r \tilde{A} xumlicher Gestaltung einem \tilde{A} xblichen Privathaushalt entsprechen.

Auch die GröÃ□e des landwirtschaftlichen Unternehmens kann bei der Beurteilung herangezogen werden. Eine unwiderlegliche Vermutung, dass der Haushalt dem landwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich dient, wenn dieses wenigstens 25% der MindestgröÃ□e nach § 1 Abs. 2 Satz 1 ALG umfasst, kann als praktikable Abgrenzung dienen. Auch dann ist jedoch eine funktionelle Verbindung Haushalt/Landwirtschaft zu verlangen. Deshalb wird der Haushalt eines Nebenerwerbslandwirts allein durch eine entsprechende BetriebsgröÃ□e nicht

automatisch zu einem landwirtschaftlichen Haushalt.

Bei kleinen und kleinsten landwirtschaftlichen Unternehmen ergibt sich ein Konnex Landwirtschaft/Haushalt, wenn auch landwirtschaftliche Produkte im Haushalt verwendet werden. Weil hier jedoch die geringfügige Landwirtschaft dem Haushalt dient, liegt kein Fall des <u>§ 124 Nr. 1 SGB VII</u> vor.Â

Nach Abgabe eines landwirtschaftlichen Betriebes kommt eine besondere landwirtschaftliche PrĤgung des Haushalts, die diesen von privaten Haushalten abgrenzen kĶnnte, nicht mehr in Betracht. In diesem Fall liegt ein â∏normalerâ∏ Privathaushalt vor, der sich lediglich in einem landwirtschaftlichen Anwesen befindet. MaÄ∏geblich sind nĤmlich stets nur die tatsĤchlichen VerhĤltnisse im Zeitpunkt des Unfalls. Anders wĤre eine nachvollziehbare Beurteilung nicht mĶglich. Eine frühere landwirtschaftliche Prägung des Haushalts, der ehemals Unfallversicherungsschutz begrþndet hat, kann daher nicht fortwirken.Â

Ein landwirtschaftlicher Haushalt im Sinne des <u>§ 124 Nr. 1 SGB VII</u> liegt nicht vor, wenn dieser von einer Haushaltung ohne zu Grunde liegendes und angeschlossenes land- oder fortwirtschaftliches Unternehmen nicht zu unterscheiden ist. Â

3. Haushalte der im Unternehmen BeschĤftigten In seltenen AusnahmefĤllen kann ein Haushalt eines im landwirtschaftlichen Unternehmen BeschĤftigten dann landwirtschaftlicher Unternehmensbestandteil sein, wenn für diesen oben genannte Voraussetzungen vorliegen. Die Vorschrift hat deshalb nur geringe Bedeutung.

Urteil des BSG vom 27.03.2012, Az. <u>B 2 U 5/11 R</u>, Rn. 39 ff.: $\hat{a} = 1.5$ Az. <u>B 2 U 5/11 R</u>, Rn. 39 ff.: $\hat{a} = 1.5$ Az. <u>B 2 U 5/11 R</u>, Rn. 39 ff.: $\hat{a} = 1.5$ Az. <u>Az. 2 SGB VII</u>). Ein forstwirtschaftliches Unternehmen wird gef $\hat{A} = 1.5$ Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 SGB VII). Ein forstwirtschaftliches Unternehmen wird gef $\hat{A} = 1.5$ Az igkeit zu einer planm $\hat{A} = 1.5$ Az igkeit f $\hat{A} = 1.5$ Abs. 1 Nr. 1 SGB VII; zur T $\hat{A} = 1.5$ Az igkeit f $\hat{A} = 1.5$ Az igkeit den Haushalt, der dem landwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich dient, $\hat{A} = 1.5$ Nr. 1 SGB VII, unter c). Solche Unternehmen betreiben planm $\hat{A} = 1.5$ Anbau und Abschlag von Holz.

Eine TÃxtigkeit fÃ $\frac{1}{4}$ r ein forstwirtschaftliches Unternehmen lÃxge wohl vor, wenn die handelnden Personen das gewonnene Brennholz teilweise verkauft hÃxtten. Insoweit hat das LSG aber nur festgestellt, dass das Brennholz â $\boxed{}$ im Wesentlichenâ $\boxed{}$ zum privaten Verbrauch gewonnen wurde. In welchem AusmaÃ $\boxed{}$ und mit welchem wirtschaftlichen Wert ein Verkauf stattfand, ist damit nicht festgestellt.

Dennoch lässt sich nicht ausschlieÃ□en, dass der Beigeladene in einem forstwirtschaftlichen Unternehmen tätig geworden ist. Zwar wird angenommen, dass die Brennholzaufbereitung, also bloÃ□e Tätigkeiten wie das Zersägen, Zerkleinern und Spalten von Brennholz für den privaten Gebrauch, keine Tätigkeit für ein forstwirtschaftliches Unternehmen ist und deshalb bei der Brennholzgewinnung kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchst a oder

Nr. 5 Buchst b SGB VII besteht (BSG vom 31.1.1989 â \square 2 BU 131/88 â \square HV-INFO 1989, 885; BSG vom 12.6.1989 â \square 2 RU 13/88 â \square HV-INFO 1989, 1923; so auch Rundschreiben UV 10/81 des Bundesverbands der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vom 23.11.1981 â \square VII 1 a; Rundschreiben Nr. 5/96 des Bundesverbands der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vom 12.1.1996 â \square VII 1 a; Langheineken, Die Sozialversicherung 1983, 194, 195; ma \widetilde{A} gebend ist allerdings nicht die r \widetilde{A} umliche Abgrenzung vgl. BSG vom 12.6.1989 â \square 2 RU 13/88).

Nach dieser Auffassung wird keine forstwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, wenn das Holz nicht im Wald geschlagen, sondern nur auf einem Waldweg für den Eigenverbrauch zerkleinert, verarbeitet oder gespalten wird. Es ist hier (noch) nicht zu entscheiden, ob dieser Rechtsansicht zu folgen ist.

Jedenfalls dann aber, wenn das Fällen der Bäume (Ernte des Holzes) einen Teil der Arbeiten bildet, liegt eine forstwirtschaftliche Tätigkeit vor. Wird eine solche ausgeübt, kann auch das Zerkleinern des Holzes mit der forstwirtschaftlichen Tätigkeit in einem inneren Zusammenhang stehen. Die der Holzernte folgenden Verrichtungen sind ebenfalls versicherte Tätigkeiten, die bei der Ausübung der forstwirtschaftlichen Unternehmung anfallen. Dies gilt sogar dann, wenn das geerntete Holz zum Hof oder Haushalt des forstwirtschaftlichen Unternehmers gebracht und dort zu Brennholz für den privaten Haushalt verarbeitet wird (BSG vom 31.1.1989 â \square 2 BU 131/88 â \square HV-INFO 1989, 885; BSG vom 12.6.1989 â \square 2 RU 13/88 â \square HV-INFO 1989, 1923).

Nach diesen Maà stà ben hà tte der Beigeladene durch das Holzspalten eine forstwirtschaftliche Tà tigkeit verrichtet, wenn er zusammen mit seinen Verwandten das Holz (falls es ihnen noch nicht gehà frte, auf dem Stamm erworben) abgeerntet, zugesà t und gespalten hà tte. Wà re die Holzgewinnung auf diese Weise erfolgt, kà finnte die Tà tigkeit nicht in eine (versicherte) Holzernte und eine (nicht versicherte) Holzaufarbeitung zerlegt werden, sondern wà re einheitlich als forstwirtschaftliche TÃ tigkeit anzusehen.

Dazu, wie die Verhältnisse im Falle des Beigeladenen waren, fehlt es an Feststellungen des LSG. Daher kann nicht entschieden werden, ob der Beigeladene bei einer Tätigkeit als forstwirtschaftlicher Unternehmer oder als mitarbeitender Familienangehöriger in einem forstwirtschaftlichen Unternehmen des Vaters oder Onkels verunglÃ $\frac{1}{4}$ ckt ist. [â Π |]

c) Der Beigeladene ist nach den Feststellungen des LSG allerdings nicht deshalb versichert, weil er für den â∏Haushalt eines landwirtschaftlichen Unternehmensâ∏ tätig geworden wäre (§ 8 Abs. 1, § 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchst b, § 123 Abs. 1, § 124 Nr. 1 SGB VII).

Nach <u>§ 124 Nr. 1 SGB VII</u> gilt der Haushalt als Teil eines landwirtschaftlichen Unternehmens, wenn er dem Unternehmen wesentlich dient. Trotz der Verwendung des Begriffs â∏Haushaltâ∏ im Wortlaut des <u>§ 124 Nr. 1 SGB VII</u> wird in

Rechtsprechung und Literatur oft auf den frýheren Begriff â \Box Haushaltungâ \Box (vgl. § 657 Abs. 1 Nr. 3 RVO) aF, § 777 Nr. 1 RVO aF, vgl. auch § 4 Abs. 4 SGB VII, dazu Bayerisches LSG vom 17.11.1999 â \Box L 2 U 26/98; Diel in Hauck/Noftz, SGB VII, K § 124 RdNr. 5) zurýckgegriffen. Die Zugehörigkeit des Haushalts zu einem landwirtschaftlichen Unternehmen setzt nach § 124 Nr. 1 SGB VII voraus, dass der Haushalt dem Unternehmen nýtzlich und die Land- oder Forstwirtschaft nicht derart klein ist, dass ihr der Haushalt an Bedeutung gleichsteht oder gar ýberlegen ist. Ein Haushalt ist kein Bestandteil eines landwirtschaftlichen Unternehmens, wenn er sich trotz eines örtlichen Zusammenhangs nicht wesentlich von anderen Haushalten unterscheidet (Bayerisches LSG vom 30.7.1997 â \Box Leitsatz 1). So ist es hier.

Die Verarbeitung zu Brennholz ist keine Tätigkeit, die wesentlich dem Haushalt eines Unternehmens der Forstwirtschaft dienen kann. Bei den Betriebsverhältnissen eines Selbstwerbers, der lediglich in der Freizeit möglicherweise Holz erntet und dieses zu Brennholz fÃ 1 4r den privaten Gebrauch weiter verarbeitet, hat ein Haushalt nicht die Bedeutung, dass er dem forstwirtschaftlichen Unternehmen dient (LSG fÃ 1 4r das Saarland vom 17.5.2006 â 1 1 L 2 U 38/05). Vielmehr liegt der Fall so, dass die Tätigkeit der Holzgewinnung dem Haushalt dient.

Die Tätigkeit des Beigeladenen war daher nicht als solche für den Haushalt eines forstwirtschaftlichen Unternehmens versichert.â∏

Urteil des SG München vom 24.05.2012, Az. S 1 U 5029/11: â∏Unfallversicherungsschutz ist gegeben, wie die Beklagte zutreffend ausführt, wenn sich ein Unfall im Zusammenhang mit dem Verbringen des geschlagenen Holzes auf die Hofstelle des Betriebes ereignet. Auch diese Voraussetzung liegt hier nicht vor. Wie der KlĤger betreiben Unternehmer der Forstwirtschaft planmĤÄ∏ig den Anbau und Abschlag von Holz. Der Versicherungsschutz umfasst somit zunĤchst alle TĤtigkeiten, die bis zum Verbringen des Holzes auf dem Hof erforderlich sind. Dementsprechend stehen das Bereiten von Brennholz und damit auch die damit einher gehenden Vorbereitungshandlungen unter Unfallversicherungsschutz, wenn das Brennholz im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Holzgewinnung aus dem eigenen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb verarbeitet wird (Landessozialgericht Baden-WÃ¹/₄rttemberg, Urteil vom 15. Februar 1996, Az.: <u>L 10 U 661/95</u> in: BAGUV RdSchr 54/96 und HVBG-INFO 1996, 1440). Dies trifft hier nicht zu. Der KlAzger verletzte sich nicht bei Arbeiten im Zusammenhang mit dem Verbringen des geschlagenen Holzes auf die Hofstelle.â∏∏

Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ $\frac{1}{4}$ rttemberg vom 15.02.1996, Az. <u>L 10 U</u> 661/95:

â∏Das Sägen von Brennholz steht ausnahmsweise nur dann unter Unfallversicherungsschutz, wenn das Brennholz im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Holzgewinnung aus dem eigenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb verarbeitet wird oder wenn es Ã⅓berwiegend fÃ⅓r landwirtschaftliche Zwecke bestimmt ist oder wenn es zur Verwendung in einem

landwirtschaftlichen Haushalt im Sinne des <u>§ 777 RVO</u> bestimmt ist.â∏∏

Beschluss des BSG vom 31.01.1989, Az. 2 BU 131/88, Rn. 6 ff.: â∏Der Zulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung verlangt, dass die zu treffende Entscheidung auch über den Einzelfall hinaus wirkt. Die Bedeutung $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber den Einzelfall hinaus gen $\tilde{A}\frac{1}{4}$ gt aber noch nicht. Erforderlich ist ferner, dass die Rechtsfrage auch kl\tilde{A}\tilde{x}rungsbed\tilde{A}^1/4rftig ist (BSG SozR 1500 \tilde{A}\tilde{\text{ 1500 A}\tilde{\text{ 1500 der stĤndigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) kommt es jedoch für die Zuordnung einer Verrichtung zur versicherten Tätigkeit grundsätzlich nicht auf den zeitlichen, sondern auf den inneren Zusammenhang zwischen der Verrichtung und der versicherten TÄxtigkeit an. Entscheidend ist, ob die Verrichtung der versicherten TÄxtigkeit zu dienen bestimmt ist. Wann diese der versicherten TÃxtigkeit zu dienen bestimmte Verrichtung erfolgt, ist grundsÃxtzlich ohne rechtliche Bedeutung. Die vom LSG und der Beklagten zitierten Entscheidungen des Reichsversicherungsamts (AN 1888, 245) und des Bayerischen Landesversicherungsamtes (Breithaupt 1951, 1024) besagen in ihrem Kern nichts anderes: Das Zerkleinern von Brennholz dient â∏ sofern nicht die Voraussetzungen des § 777 Nr. 1 RVO erfüllt sind â∏ dem sog. eigenwirtschaftlichen Bereich des Versicherten. Lediglich wenn die Arbeiten noch einen Teil der Rodungsarbeiten bilden, kann der innere Zusammenhang auch zwischen dem landwirtschaftlichen Unternehmen und dem Zerkleinern des Holzes bestehen. Dieser Zusammenhang wird aber verneint, wenn erst l\(\tilde{A} \) mgere Zeit nach der Rodung das Zerkleinern wesentlich allein dem eigenwirtschaftlichen Bereich zuzuordnen ist. Die Rechtsprechung geht insoweit davon aus, dass das Zerkleinern des Holzes dazu bestimmt ist, Brennholz herzurichten. Dies ist jedoch im vorliegenden Fall nach den bindenden tatsÄxchlichen Feststellungen des LSG nicht der Fall gewesen. Der KIäger hat das Holz nicht zu Brennholz herrichten wollen (s S 9 der Begründung des Berufungsurteils).Â

Die Frage, ob es sich bei der Rodung von ObstbĤumen auf einem landwirtschaftlichen Grundstück immer um landwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung handele und ob die nachfolgende Zerkleinerung des Gehölzes hinsichtlich des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes dem Rodungsvorgang gleichzubehandeln sei, ist ebenfalls nicht klärungsbedürftig.Â

Ob es sich bei der Rodung von ObstbĤumen auf einem landwirtschaftlichen Grundstück â∏immerâ∏ um landwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung handelt, wäre in einem Revisionsverfahren nicht zu entscheiden. Vielmehr stände auch dort nur zur Entscheidung an, ob Rodungsarbeiten in einem Fall, wie er der Entscheidung des Berufungsgerichts zugrunde gelegen hat, der versicherten Tätigkeit zuzurechnen sind. Dies ist aber nach der ständigen Rechtsprechung der Fall, die aus Anlass des vorliegenden Rechtsstreites keiner Ergänzung bedarf. Insoweit ist die grundsätzliche Bedeutung auch deshalb zu verneinen, weil die Antwort auf die aufgeworfene Rechtsfrage praktisch auÃ∏er Zweifel steht (BSG SozR 1500 § 160a Nr 4). Die Rodung eines Baumes, die nach dem Verlegen eines Abwasserkanals erforderlich wird, steht ebenso im inneren Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Unternehmen wie z.B. die Beseitigung von nicht mehr verwertbaren Rübenresten von einem Rübenfeld, durch das ein Panzer

während eines Manövers gefahren ist. Dem landwirtschaftlichen Unternehmen dienen nicht nur ordnungsgemäÃ□e Erntearbeiten, sondern auch Arbeiten zur Instandhaltung von Feldern, die durch Dritte beschädigt worden sind. Ebenso steht die Antwort auf die Frage auÃ□er Zweifel, ob â□□unfallversicherungsrechtlich das Zerkleinern des Holzes die Rechtsnatur des Rodungsvorganges teiltâ□□. Wird das gerodete Holz â□□ wie hier â□□ nicht zu Brennholz verarbeitet, bildet die Zerkleinerung auch unfallversicherungsrechtlich einen Teil des Rodungsvorganges, und zwar unabhängig davon, wann das Holz zerkleinert wird.Â

Ob nach dem bis zum 30. Juni 1988 geltenden Recht der Begriff der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, wie die Beschwerdefļhrerin meint, enger auszulegen ist als nach dem danach geltenden Recht, kann deshalb dahinstehen; offen bleiben kann auch, ob die Auslegung früheren Rechts überhaupt noch von grundsätzlicher Bedeutung wäre.Â

Festzuhalten ist, dass es sich bei der Tätigkeit des Klägers, die zum Unfall führte, gerade nicht um eine Verrichtung aufgrund eines eigenwirtschaftlichen Interesses handelte, sondern seiner Eigenschaft als land- und forstwirtschaftlicher Unternehmer. Denn Tätigkeiten, die in Ausführung eines Hofübergabevertrages, wie hier im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Brennholz, erfolgen, können durchaus vom gesetzlichen Unfallversicherungsschutz erfasst sein. Die ErfÃ⅓llung von Pflichten aus einem solchen Vertrag kann den erforderlichen inneren Zusammenhang zur versicherten unternehmerischen Tätigkeit begrÃ⅓nden.â□□

Der Kläger handelte zur Ã□berzeugung der Kammer beim Zerkleinern des Holzes nicht fþr sein landwirtschaftliches Unternehmen sondern eigenwirtschaftlich. Zwar werden forstwirtschaftliche Tätigkeiten grundsätzlich erfasst. Jedoch liegen keine (Ausnahme-)Tatbestände vor, welche das Holzaufbereiten zu einer versicherten Tätigkeit des Klägers machen. Zudem ist der landwirtschaftliche Betrieb des Klägers nicht als forstwirtschaftlicher Betrieb bei der Beklagten versichert.Â

Die Küche des Klägers bzw. der Haushalt unterscheiden sich nicht von sonstigen Haushalten und dienen nicht wesentlich der (Nebenerwerbs)Landwirtschaft. Selbst unter dem Gesichtspunkt der Nutzung einer Wiese bzw. dem Halten von zehn Hühnern und dem Kochen von Hühnerfutter in der Küche führt dies zur Ã□berzeugung der Kammer nicht zur Annahme, dass der klägerische Haushalt wesentlich der Landwirtschaft dient. Denn der überwiegende Teil der Küche bzw. des dort verbrannten Holzes ist eigenwirtschaftlich. Der Anteil für die Hühner ist unwesentlich und ändert zur Ã□berzeugung der Kammer nicht das Wesen der Küche. Das Kochen von Hühnerfutter führt nach Ansicht der Kammer nicht zur Annahme des Dienens des Haushaltes der Landwirtschaft. Der Haushalt des Klägers unterscheidet sich nicht wesentlich von dem eines nicht landwirtschaftlich geprägten Haushalts. Es ist hier vielmehr so, dass die Landwirtschaft dem Haushalt dient und nicht umgekehrt, wie für einen Versicherungsschutz erforderlich.

Die Kammer ist davon überzeugt, dass die TÃxtigkeit der Holzverarbeitung allein

dem Haushalt dient, welcher wiederum nicht wesentlich der Landwirtschaft dient, so dass es sich um eine nicht gesetzlich unfallversicherte TĤtigkeit des KlĤgers gehandelt hat. Die eigenwirtschaftliche TĤtigkeit des KlĤgers fĤllt nicht in den ZustĤndigkeitsbereich der Beklagten.Â

Die Aufarbeitung von Brennholz gehĶrt nicht mehr zu den land- und forstwirtschaftlichen Aberntetätigkeiten, sondern ist eine Haushaltstätigkeit.Â

Die Holzaufbereitung zur Brennholzgewinnung fÃ 1 / 4 r den eigenen Haushalt wÃ x re nur dann eine im Rahmen des Gesamtunternehmens Land- bzw. Forstwirtschaft versicherte TÃ x tigkeit, wenn der Haushalt gemÃ x Ã o a 8 124 Nr. 1 SGB VII als dessen Bestandteil dem landwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich dient, was wie gerade dargelegt, nicht der Fall ist. a

Eine Haushaltung als Bestandteil eines landwirtschaftlichen Unternehmens wird grunds \tilde{A} xtzlich dann angenommen, wenn die Landwirtschaft die Mindestgr \tilde{A} $\|\tilde{A}\|$ e nach dem Gesetz \tilde{A} 4ber die Alterssicherung der Landwirte erreiche (8 ha f \tilde{A} 4r das Produktionsverfahren Landwirtschaft einschlie \tilde{A} [lich Gr \tilde{A} 4nland) und nicht andere Gr \tilde{A} 4nde dagegen sprechen.

Das vom Kl \tilde{A} ¤ger betriebene landwirtschaftliche Unternehmen von 0,09 ha Gr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \square e erreicht hingegen lediglich 1,125 % dieser Mindestgr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \square e. Somit kann die Landwirtschaft aufgrund der geringen Gr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \square e nicht als Hauptunternehmen im Verh \tilde{A} ¤ltnis zum Haushalt angesehen werden.

Im \tilde{A} brigen nimmt die Kammer Bezug auf den Widerspruchsbescheid vom 06.07.2017, \hat{A} 136 Abs. 3 SGG.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1}/_{0}$ ber die Kosten beruht auf \hat{A} § \hat{A} § 183, 193 Abs. 1 S. 1 SGG und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache. Das Verfahren ist f $\tilde{A}^{1}/_{0}$ r den Kl \tilde{A} ¤ger gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} <math>183 S. 1 SGG gerichtskostenfrei. Die Zul \tilde{A} ¤ssigkeit der Berufung ergibt sich aus \hat{A} § 143 SGG.

Erstellt am: 12.01.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024